



52 Jahre nach der Unabhängigkeit Algeriens beklagt der neueste Bericht der algerischen Liga zur Verteidigung der Menschenrechte (La Ligue Algérienne pour la Défense des Droits de l'Homme - LADDH) anlässlich des Welttages des Kampfs gegen die Armut (17. Oktober) mehr als 10 Millionen Algerier, die unterhalb der Armutsgrenze leben und schlägt Alarm wegen der jährlich steigenden Armutsquote in Algerien.

Herr Houari Keddour, der Liga-Verantwortliche für Spezialthemen, erklärte dazu, dass trotz der Tatsache, dass Algerien das 6. größte Gasförderland der Welt und der zweitgrößte Ölproduzent in Afrika ist, stieg der Anteil der armen Bevölkerung Jahr für Jahr und erreichte dieses Jahr die 10 Millionengrenze. Mit 340.000 neuen armen Familien im Jahr 2014 stieg die Gesamtzahl der algerischen Armutsfamilien auf 1.932.000 gegenüber 1.628.000 im Jahr 2013.

In ihrem Bericht erklärt die Menschenrechtsliga, dass sich die Armut in der algerischen Gesellschaft in vielen Formen zeigt, vor allem in der Verschlechterung des Lebensstandards, den verschlechterten Gesundheitsdienstleistungen, der Arbeitslosigkeit, der steigenden Zahl der Harraga, der freiwilligen illegalen Auswanderer, der Verbreitung des Phänomens der Bettelei, der Kinderverwahrlosung, der Kinderprostitution, der Kinderarbeit und der steigenden Zahl von Slums.

Die LADDH, die Stimme der Armen in Algerien, fordert seit Jahrzehnten die algerischen Regierungen auf, den Kampf gegen die Armut dringend und mit hoher Priorität wirksam aufzunehmen und ruft zu einer grundlegenden Revision der Wirtschaftspolitik hin zu einer gerechten Verteilung des Reichtums und zu einem fairen System der Löhne auf. Sie verlangt von der algerischen Regierung ein entschlossenes, stärkeres und effektiveres Vorgehen gegen die politische und wirtschaftliche Korruptionsplage.

Für die algerische Liga für Menschenrechte liegt die Verbreitung der Armut in Algerien in der Verletzung der internationalen Konventionen der Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf ein menschenwürdiges Leben in einer gesunden Umwelt, das Recht auf Arbeit, Bildung, Entwicklung, Gesundheit, soziale Sicherheit, einen angemessenen Wohnraum und ein wirtschaftliches, soziales und kulturelles Teilhaben an der Gesellschaft. (übertragen ins Deutsche, Quelle echoroukonline.com)